Gruppen. Sein Mikroprozess ist die Herausbildung eines gemeinsamen Akteurs mit einer „Wir-Identität" – ein mustergültiges Beispiel für einen „methodologischen Interaktionismus".

Das theoretische und das methodologische Angebot könnten zum robusten Fundament auch für ambitionierte kommunikationswissenschaftliche Forschungsprogramme werden. Vor allem aber demonstriert Tomasello mit seinem Werk, dass man sich auch den größten Fragen mit kleinsten Schritten nähern kann. Eine solche große Frage wäre, welchen Medien welcher ontogenetische und welcher phylogenetische Stellenwert zukommt. Vor allem macht die Lektüre Mut, nun die nächste große anthropologische Frage anzugehen: Was unterscheidet Menschen von Maschinen mit Künstlicher Intelligenz?

Gerhard Vowe

Prof. Dr. Gerhard Vowe, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Seniorprofessur Kommunikations- und Medienwissenschaft, Ulenbergstr. 127, 40225 Düsseldorf, Deutschland, vowe@uni-duesseldorf.de

Literatur

Tomasello, Michael (2008): Origins of Human Communication. Cambridge: MIT Press. – 408 S. ISBN 9780262201773

Tomasello, Michael (2014): A Natural History of Human Thinking. Cambridge: Harvard University Press. – 192 S. ISBN 9780674724778

Mandy Tröger

Pressefrühling und Profit

Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten

Köln: Herbert von Halem, 2019. – 356 S.

ISBN 978-3-86962-474-7

Wie groß mitunter die Distanz zwischen Zeitgeist und Zeitgeschichte sein kann, wurde mir beim Lesen der Untersuchung von Mandy Tröger deutlich. Ihre materialreiche Arbeit behandelt nur jene elf Monate, die zwischen dem Fall der Berliner Mauer und dem Beitritt der DDR zur BRD vergingen – eine Phase, die von vielen Westdeutschen damals als berauschend und auch verwirrend kurz erlebt wurde. Die rasanten Umwälzungen im Land der friedlichen Revolution folgten aus Sicht der meisten Deutschen der Losung Willy Brandts, dass zusammenwachse, was zusammengehöre. Von daher existierten auch in den Medienwissenschaften nur diese zwei Zustände: zuerst die beiden getrennten Deutschländer bis November 1989 und dann die Entwicklungen im vereinten Deutschland seit dem 3. Oktober 1990.

Dieser Sicht folgen auch die meisten Erhebungen zur „Presse Ost". So gibt es heute viele Antworten auf Fragen wie diese: Wie hat sich das ostdeutsche Pressesystem „seit der Wende" in den neuen Bundesländern – etwa im Vergleich zu Westdeutschland oder zur DDR-Zeit – gewandelt? Doch keine schlüssige Antwort findet sich auf der Deutungsebene: Warum kam es so, wie es kam?

Antworten auf diese Frage fallen vermutlich auch deshalb schwer, weil jene elf Monate wie eine Black Box behandelt wurden, bei der man den Input mit dem Output vergleicht. Es ist der Arbeit von Mandy Tröger zu verdanken, dass nun diese Black Box geöffnet und herausgeholt wurde, was darin zum Spezialthema „Transformation des Pressevertriebs" zu finden war. Ihren Angaben zufolge wertete die Autorin Dokumente und Bestände aus elf öffentlichen Archiven und sieben Privatarchiven aus. Hinzu kamen Aussagen aus 17 „biografischen Interviews". Allerdings hat sie einige aufschlussreiche Studien über die Spezifika des deutschen Presse-Grosso und über seine Strukturkrise nicht einbezogen. Dies könnte erklären, warum sie ihr Material nicht historisch-analytisch ausgewertet, auch nicht in einen Theorierahmen gefügt, sondern allein zur Rekonstruktion der damaligen Vorgänge genutzt hat – eine Narration über rund 270 Seiten (mit allerdings ermüdend wirkenden Wiederholungen), die aus ostdeutscher Perspektive erzählt, wann welche Akteure wie und wo agiert haben, um ihre teils politischen, teils marktwirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Hier die aus meiner Sicht interessantesten Erzählungen Trögers: Bereits wenige Tage nach dem Fall der Mauer waren Lobbyisten der Medienkonzerne Axel Springer und Gruner+Jahr, dann auch von Burda und Bauer in den Ostberliner Ministerien unterwegs, um ein Joint-Venture zu erreichen, mit dem sie den Vertrieb westdeutscher Pressetitel in der gesamten DDR durchsetzen wollten. Es ist vor allem der Intervention der mittelständischen Verlage in Westdeutschland geschuldet – und nicht etwa dem Widerstand der Ministerien –, dass dieser Plan scheiterte. Die in Trögers Buch referierten Anträge, Sitzungsprotokolle, Beschlussvorlagen, Kommentare und Einlassungen zeichnen das meist hilf- und ratlose Agieren der DDR-Regierung, die machtlos palavernden Bürgergremien (Runder Tisch, Medienkontrollrat) auf der einen Seite nach und die ihre Marktinteres-

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2021-1-172 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sen brutal durchsetzenden, dabei intern zerstrittenen Verlegergruppen und -verbände in Westdeutschland auf der anderen Seite. Man kann gut nachvollziehen, wie es nach zahllosen Querelen zwischen den verschiedenen Gremien im Mai 1990 zur „Verordnung zum Pressevertrieb" kam, die eine Ausnahmeregelung enthielt, der zufolge die vier Medienkonzerne – entgegen dem in Westdeutschland für sakrosankt erklärten Grundsatz der Vertriebsneutralität – die Hälfte des ostdeutschen Grosso-Systems mit verlagseigenen Grossisten besetzen durften. Von da an war erlaubt, dass sie die Presse-Verkaufsstellen in der DDR mit ihren Produkten – die Bild-Zeitung zuvorderst – überschwemmten.

Weil alle Versuche scheiterten, in der Endzeit der DDR ein verlagsneutrales, zugleich effizientes Pressevertriebssystem aufzubauen, so lautet eine Folgerung Trögers, waren vor allem die neu gegründeten Blätter der DDR-Reformbewegung die Verlierer: Sie gelangten oft nicht an den Point of Sale und zu ihren Käufern. Allerdings nicht allein wegen des Grosso büßten auch die ehemaligen Bezirkszeitungen viele Abonnenten ein; sie verloren an Marktwert und wanderten wenig später zu günstigen Konditionen in den Besitz westdeutscher Verleger. Mandy Tröger deutet diese Umbruchphase dahin, dass die marktmachthungrigen Medienverlage Westdeutschlands die Presselandschaft der DDR nach ihren Expansionsplänen haben umpflügen können, vor allem, weil die DDR-Regierung hilflos und die Bürgergremien machtlos gewesen seien.

Aus meiner Sicht ist diese Deutung recht vordergründig. Um die Durchsetzungskraft der westdeutschen Presseverlage zu verstehen, muss auch die politische Großwetterlage in den Blick genommen werden. Sie liefert den Bezugsrahmen. Zunächst die DDR-Bevölkerung in den Städten: Den demoskopischen Erhebungen zufolge wünschte bereits im November/Dezember 1989 die überwiegende Mehrheit den Zutritt zum westdeutschen Konsumland. Entsprechend groß waren die Informationswünsche über das Leben der bürgerlichen Gesellschaft Westdeutschlands. Viele ostdeutsche Zeitungsredaktionen folgten noch dem Verlautbarungsstil und wirkten im Vergleich zu den westdeutschen Produkten wie aus der Zeit gefallen. Zudem blieben viele Neugründungen meist dem engen Themenfeld ihrer recht begrenzten Szene verhaftet.

Dann die Politik: Ende Dezember 1989 begannen auf Regierungsebene die Gespräche darüber, wie der Beitritt zur BRD rasch auf den Weg zu bringen sei. Auf internationaler Ebene schlossen sich die Zwei-plus-Vier-Gespräche an – mit klarer Zielstellung. Mit der Volkskammerwahl am 6. März 1990 (93,4 Prozent Wahlbeteiligung) wurde das Bündnis „Allianz für Deutschland" stärkste Kraft. Von nun an folgte die CDU-Regierung de Maizières dem erklärten Ziel, die Strukturen nach Maßgabe des westdeutschen Organisations- und Rechtsgefüges umzubauen. Mandy Tröger hat recht, wenn sie schreibt, dass der Bonner Innenminister Schäuble „kein neutraler Akteur" gewesen sei und dem „souveränen Wirken der DDR (…) durch Eigeninteressen Grenzen (setzte)." Sie übersieht allerdings, dass sich dieses „Eigeninteresse damals mit dem Interesse der Mehrheit der DDR-Bevölkerung und ihrer Regierung deckte.

Viele großartige Ideen, auch die vom Runden Tisch ausgedachten Rechtsgrundsätze etwa zur inneren Pressefreiheit und Entfaltung der Meinungsvielfalt blieben Makulatur. Auch war niemand in der Lage oder willens, ein eigenständig organisiertes, neutrales Pressevertriebssystem für die DDR-Bezirke zu finanzieren, schon gar nicht im Verlauf weniger Monate. So blieb jene Umbruchzeit in der Paradoxie gefangen: Einerseits wollten viele aus ihrer DDR-Geschichte lernen, die Meinungsfreiheit schrittweise „probend" (Konrad Weiß) entfalten und eine „neue Ökonomie" sachte entwickeln – ein Prozess, der gewiss viele Jahre benötigt hätte. Andererseits artikulierte ein wachsender Teil der Bevölkerung den Willen, die DDR in Richtung Westen zu verlassen, wenn der Beitritt zur BRD nicht stattfände, eine Perspektive, die von der in der DDR vertriebenen westdeutschen Presse in den schönsten Farben ausgemalt wurde. Und nicht zuletzt: Die tonangebenden Politiker waren überzeugt, dass dieses Zeitfenster, diese Gunst der weltpolitischen Stunde, sich bald wieder schließen könnte, Motto: jetzt oder nie.

Doch ungeachtet dieser Einwände holt Mandy Tröger mit ihrer Untersuchung – sie ist zugleich ihre Doktorarbeit an der Universität Illinois (UIUC) – die Pressegeschichte jener elf Monate aus der Black Box und erzählt mit vielen Ereignissen und Episoden, warum es so kam, wie es kam.

Michael Haller

Prof. em. Dr. Michael Haller, Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Nikolaistrasse 27-29, 04109 Leipzig, Deutschland, haller@uni-leipzig.de

https://doi.org/10.5771/1615-634X-2021-1-172 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY